

**Frage ergeht an Stadtrat Eber**  
in der Gemeinderatssitzung vom **17.11.2022**  
eingebracht von GR Mag. Philipp Pointner

**Betreff: Solidarbeitrag von Grazer Luxuspensionist:innen**

Ältere Menschen wünschen sich zu Recht einen finanziell abgesicherten Lebensabend. Gleichzeitig ist vielen von ihnen wichtig, dass auch ihren Kindern und Enkelkindern noch eine Pension bleibt. Von Generationengerechtigkeit ist unser Pensionssystem aber meilenweit entfernt. Denn künftig müssen immer weniger Beitragszahler immer mehr und immer höhere Pensionen finanzieren.

Auch in Graz sind die Pensionszahlungen in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. 2021 gab die Stadt bereits über 113 Millionen Euro für die Pensionen der 2.288 Beamt:innen im Ruhestand und ihren 718 Angehörigen und Hinterbliebenen aus. Alleine 14 Luxuspensionist:innen bekamen zusammengerechnet über 1,4 Millionen Euro ausbezahlt. Und angesichts der bevorstehenden Pensionierungswelle werden diese Zahlungen künftig noch mehr werden.

Leider gehören Luxuspensionen von ehemaligen Politiker:innen und Beamt:innen im österreichischen Pensionssystem noch immer zur Realität. Während "normal" versicherte ASVG-Pensionist:innen eine maximale Pension von Rund 3.650 Euro erhalten können, ermöglichen fette Pensionsprivilegien für Politiker:innen und Beamt:innen auch in der Stadt Graz einen luxuriösen Lebensabend. Geht das so weiter, fallen unseren Kindern die Pensionen früher oder später auf den Kopf.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat die

Frage:

**„Sehr geehrter Herr Stadtrat Eber,**

**Werden Sie sich angesichts der budgetären Notlage der Stadt Graz dafür einsetzen, einen zusätzlichen Solidarbeitrag von jenen Pensionist:innen einzubehalten, deren monatliche Pension über die ASVG-Höchstpension hinaus geht?“**

